

STASI 2.0?

Gegenwärtig werden in Deutschland grundlegende Bürgerrechte massiv eingeschränkt – meist mit der Begründung, dadurch könne eine effektivere Bekämpfung von Terrorismus und organisierter Kriminalität gewährleistet werden:

Vorratsdatenspeicherung. Am 09.11.2007 hat die Große Koalition im Bundestag das von Bundesjustizministerin Brigitte Zypries (SPD) vorangetriebene Gesetz zur sog. Vorratsdatenspeicherung verabschiedet. Durch dieses Gesetz sind seit 01.01.2008 alle Festnetz- und Mobilfunkanbieter dazu verpflichtet, sämtliche Verbindungs- und Standortdaten aller Nutzer verdachtsunabhängig zu protokollieren und sechs Monate lang zu speichern. Es ist also nachvollziehbar, wer wo wann wie lange mit wem telefoniert oder SMS-Nachrichten austauscht. Zugriff auf diese Daten haben neben der Polizei die deutschen Geheimdienste und 52 Drittstaaten. Ab 01.01.2009 gilt die Speicherpflicht aller Verkehrsdaten auch für die Anbieter von Online-Kommunikationsdiensten, z.B. Internetprovider, E-Mail-Anbieter oder VoIP-Services wie Skype.

Personenkennziffer (PKZ). Mit den Stimmen von CDU, CSU und SPD hat der Bundestag am 09.11.2007 beschlossen, dass die bisher dezentral geführten Datenbestände aus über 5200 Meldestellen zu einer zentralen Steuerdatei zusammengeführt werden. Die Datensätze werden in der Steuerdatenbank mit einer eindeutigen und von der Geburt an gültigen, 11-stelligen Personenkennziffer ("Steuer-ID") verknüpft. Diese Personenkennziffern werden derzeit allen Deutschen zugeteilt. Ein vergleichbares Vorhaben hatte 1976 die sozialliberale Koalition noch wegen verfassungsrechtlicher Bedenken verworfen.

E-Pass. Seit dem 01.11.2005 werden alle neu ausgestellten deutschen Reisepässe mit einem RFID-Chip versehen. Auf diesem auch aus meterweiter Entfernung auslesbaren Funkchip sind neben den üblichen Passdaten auch ein biometrisch verwertbares Passfoto, eine Unterschriftenprobe sowie seit November 2007 zwei Fingerabdrücke digital gespeichert. Nach den Plänen der Großen Koalition soll Ende 2009 mit der Ausgabe des biometrischen E-Personalausweises begonnen werden.

Elektronische Gesundheitskarte. Sie ist zwar keine Antiterrormaßnahme, aber dennoch eine Bedrohung für unsere Grundrechte: die bereits in der Testphase befindliche neue „Gesundheits-telematik“. Die derzeit getrennt in Arztpraxen geführten Krankenakten sollen durch eine zentral gespeicherte, lebenslange Akte ersetzt werden. Diese Daten sind auch für Krankenkassen, Pharma-Industrie und Arbeitgeber interessant. Ob der Zugriff in Zukunft nur Medizinern erlaubt sein wird, kann nicht garantiert werden.

Anti-Terror-Datei. Seit dem 30.03.07 sind über 100 Datenbanken verschiedenster staatlicher Institutionen zur sog. Anti-Terror-Datei vernetzt, auf die nun Polizei und Geheimdienste Zugriff haben. In ihr sind etwa 18.000 Personen erfasst, davon nur ein geringer Teil „akuter Gefährder“. Der seit Gründung der BRD gültige rechtsstaatliche Grundsatz der Trennung von Polizei- und Geheimdienstarbeit wird faktisch außer Kraft gesetzt.

Zum Weiterrecherchieren: Videoüberwachung, 13-jährige Speicherung von Fluggastdaten, heimliche Online-Durchsuchung, IMSI-Catcher, Zensus 2011 ("Volkszählung"), Großer Lauschangriff, Wahlcomputer, DRM, §202c StGB Luftsicherheitsgesetz, §129 StGB, Kontenabfrage, Mautdaten, automatische Kennzeichenerfassung.



Warum solche Maßnahmen eine große Gefahr für Rechtsstaat und Bürgerrechte darstellen, für die Bekämpfung von Terrorismus und Kriminalität aber kaum geeignet sind. Beispiel Vorratsdatenspeicherung :

Generalverdacht. Alle Bürger werden ohne jeden Anlass wie Verdächtige behandelt und überwacht, auch wenn keinerlei konkrete Hinweise auf eine Straftat bestehen.

Harmlose Verkehrsdaten? Mittels der Internet-Verbindungsdaten ist leicht festzustellen, welche Seiten ein Nutzer aufruft und welche Dienste er nutzt. Die Telefon-Verkehrsdaten machen erkennbar, wer mit wem wie intensiv in Kontakt steht. Damit lässt sich ein Modell des sozialen Netzes der gesamten Bevölkerung bilden. Bei Mobiltelefonen wird zusätzlich der Nutzerstandort registriert. Diese Daten sind alles andere als harmlos: Aus ihnen lassen sich Persönlichkeits- und Bewegungsprofile jedes einzelnen Einwohners der Bundesrepublik erstellen.

Analysemethoden digitaler Daten. Die Hoffnung, der Staat könne mit der Auswertung dieser Fülle an Daten überfordert sein, ist leider vollkommen unbegründet. Schon heute gibt es sehr ausgereifte Verfahren, die unter Anwendung von Methoden der künstlichen Intelligenz (Data-Mining) eine vollständig automatisierte semantische Analyse großer Datenmengen gestatten. Unumkehrbarkeit und Tragweite. Informationen, die man einmal in die Hände eines anderen gegeben hat, lassen sich nicht wieder einfordern – dieser Schritt kann nicht rückgängig gemacht werden, die ordnungsgemäße Löschung von Daten ist nicht überprüfbar. Wer weiß aber, welcher gravierende Nachteil in zehn Jahren aus einer jetzt bedenkenlos preisgegebenen Information entstehen kann? Rechtssysteme sind nicht unveränderlich. Was heute harmlos erscheint, kann dann zu höheren Krankenkassenbeiträgen, dem Verlust der Arbeitsstelle oder zu Schlimmerem führen.

Vorauselender Gehorsam. Wer weiß, dass er überwacht wird, passt sein Verhalten an, um nicht aufzufallen. Viele Menschen werden aus Angst darauf verzichten, politische Ereignisse in einem Internetforum kritisch zu kommentieren oder ihren Anwalt, den Steuerberater oder die Telefonseelsorge anzurufen. Freiheitlich-demokratisches Handeln weicht vorauselendem Gehorsam.

Unwirksam. Schon mit geringen finanziellen Mitteln und basalem technischem Wissen kann jeder Kleinkriminelle die Wirkung der Vorratsdatenspeicherung aushebeln. Sie trifft also nur unbedarfte Bürger, die vor derlei Aufwand zurückschrecken – nicht aber den Personenkreis, gegen den sie sich eigentlich richtet: Das organisierte Verbrechen.

Kann ich für meine Grundrechte eintreten – als Einzelne(r)?

Ja – und Sie sind nicht allein. Sie können zum Beispiel aktiv werden, indem...

- » Sie das politische Geschehen in den Medien kritisch verfolgen und mit Ihren Freunden über die Gefahren der zunehmenden Überwachung sprechen.
- » Sie eine Bürgerrechtsorganisation wie die Humanistische Union, den FoeBuD, Stop1984, das FIFF, die Deutsche Vereinigung für Datenschutz, den FFII oder den Chaos Computer Club ehrenamtlich oder finanziell unterstützen. Listen von Bürgerrechtsorganisationen gibt es hier: <http://tiny.cc/BRListe1> | <http://tiny.cc/BRListe2> | <http://tiny.cc/BRListe3>



Mehr Informationen zu Aktivitäten in Braunschweig:

www.datenschutz-insel.de